



ETAPPENSIEG: 32.827 UNTERSCHRIFTEN FÜR MEHR TRANSPARENZ

VON OLIVER WIEDMANN

25. November, 16.15 Uhr. Der Digitalausschuss des Abgeordnetenhauses berät über einen Entwurf der FDP für ein Transparenzgesetz. Vier Sachverständige stehen Rede und Antwort. Auch wir sind mit unserem Volksbegehren vertreten. Der zuständige Abgeordnete der SPD meldet sich zu Wort und fragt, wen denn ein solches Transparenzgesetz überhaupt interessiere. In seinem Freundeskreis zumindest fiel ihm keiner ein. Eine ziemlich respektlose Frage gegenüber uns und den anderen Anzuhörenden. Die Antwort darauf bekam er eine Woche später von uns geliefert – natürlich in einem Aktenschrank:

32.827! So viele Berlinerinnen und Berliner haben unseren Volksbegehrensantrag unterschrieben und fordern mehr Transparenz in Politik und Verwaltung. Die Unterschriften haben wir am 3. Dezember mit einer schönen Aktion dem Senat überreicht. Ein wirklich toller Etappensieg. Wir haben nochmal viel Berichterstattung für unser Volksbegehren bekommen. Das Thema ist gesetzt – in Politik und Stadtgesellschaft.

Doch wie geht es jetzt weiter? Wie kommt Berlin zu dem fortschrittlichsten Transparenzgesetz bundesweit? Noch vor Weihnachten werden die Unterschriften ausgezählt sein. Im Januar geht das Volksbegehren dann in die rechtliche Zulässigkeitsprüfung. Schon jetzt berät der Senat über Eckpunkte eines Transparenzgesetzes. So sieht es auch der Koalitionsvertrag vor. Ein Entwurf wurde im November von Netzpolitik geleakt. Die Vorschläge, so wie sie im Papier zu lesen sind, werden uns nicht

zufriedenstellen. Geht es nach dem Senat, so sollen die Berlinerinnen und Berliner weiterhin Gebühren für Informationsauskünfte zahlen müssen. Entscheidungen der Landesregierung und Gutachten sollen weiterhin zurückgehalten werden können und die Verwaltung sperrt sich gegen eine Frist für die Veröffentlichung von Informationen. Mal ein Beispiel: Für die letzte Informationsanfrage von uns – die Herausgabe eines Vertrages mit einem Wohnungsbauunternehmen – hat sich der Bezirk zuerst geweigert und ihn dann erst nach acht Monaten herausgerückt.

Der Senat hat uns nun Gesprächsbereitschaft signalisiert. Mit einem halbgenen Entwurf werden wir uns dabei nicht zufrieden geben. Eigentlich stehen die Chancen gut, denn zwei Partner der Dreier-Koalition stehen hinter unserem Volksbegehren. Und am Ende steht uns ja auch noch der Weg ins Volksbegehren offen, sollte sich der Senat nicht bewegen. /



Oliver Wiedmann

Sprecher des Landesvorstands von Mehr Demokratie Berlin/Brandenburg und Vertrauensperson des Volksbegehrens.